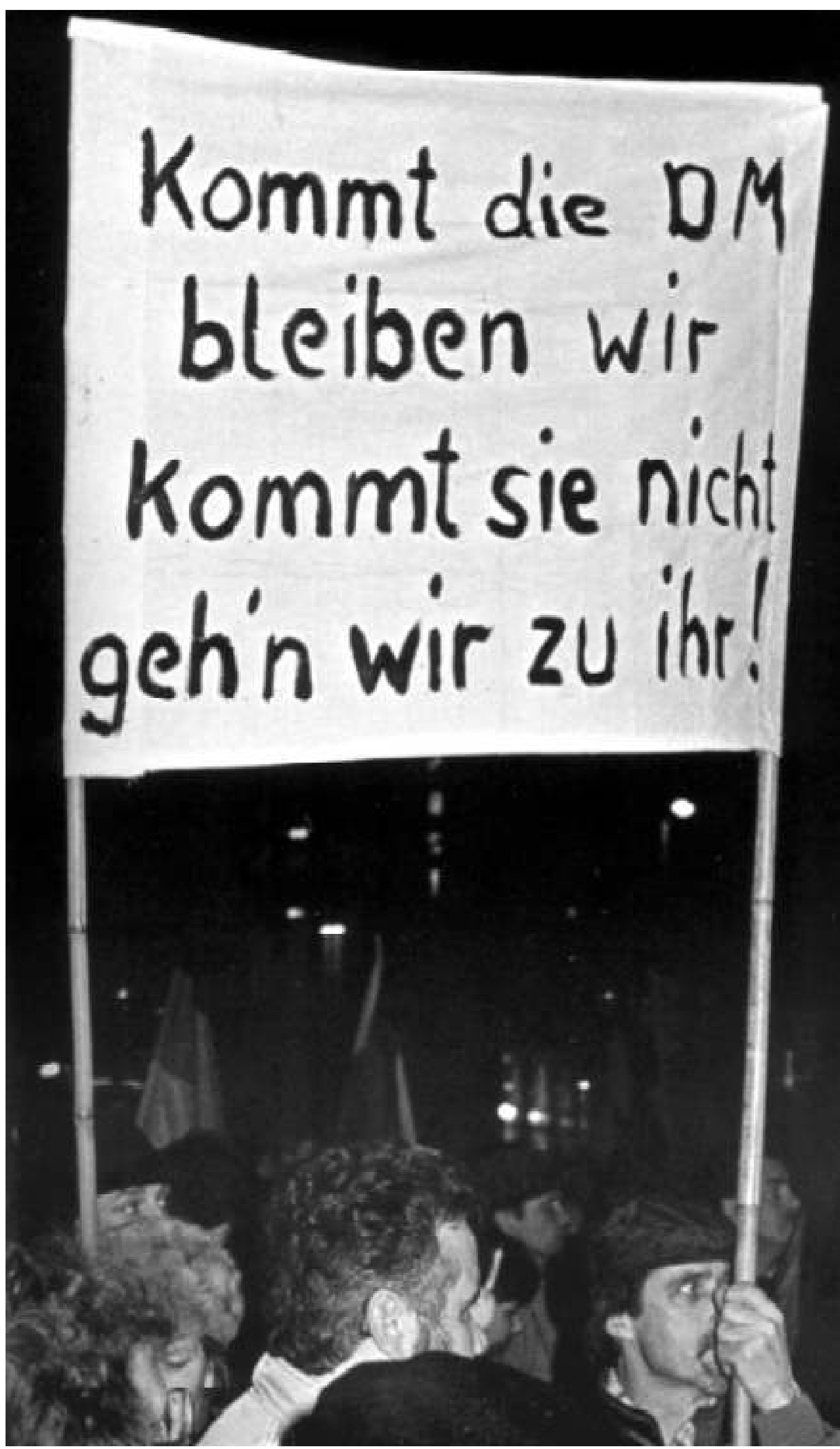


Staat und Macht und Geld



Noch vor der Öffnung der Mauer hatte die DDR-Führung ihre verzweifelte Situation vor dem Westen offen gelegt. In einem Gespräch mit Rudolf Seiters, dem Chef des Bundeskanzleramtes, und Wolfgang Schäuble trug Alexander Schalck-Golodkowski am 6. November die Vorstellungen der DDR über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen vor. Es ging um neue Kredite in Höhe von insgesamt 10 bis 15 Mrd. DM. Die Antwort des Bundeskanzlers erfolgte am 8. November: „Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird.“ Damit war die Konzeption der wendigen SED-Politbürokraten gescheitert, denn Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war eine innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. In Anbetracht der Schwäche der Sowjetunion konnte Bundeskanzler Kohl am 28. November erstmals öffentlich einen Fahrplan zur deutschen Einheit skizzieren.

In Anbetracht der Maueröffnung kam es bereits im November '89 im Direktorium der Bundesbank zu einer ersten Debatte über eine mögliche Währungsunion. Auch im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium wurde bereits am 18. November die „Übernahme der D-Mark“ als notwendige Voraussetzung einer marktwirtschaftlichen Rekonstruktion auf dem Gebiet der DDR diskutiert. Die wirtschaftliche Krise und die unausweichlichen sozialen Konflikte im Übergang zur Marktwirtschaft könnten nur „unter einem gemeinsamen staatlichen Dach“ beherrscht werden. Insbesondere die Abwanderung von Arbeitskräften aufgrund des erheblichen Lohngefälles zwischen Ost und West sahen die Experten als unlösbares Problem der DDR. Die DDR brauchte umfangreiche westliche Mittel zum Umbau der Wirtschaft, die westlichen Investoren aber verlangten Rechtssicherheit und Gewinnchancen. Die prinzipielle Lösung für diese Probleme hatten die westdeutschen Anschlussplaner schon in den 50er Jahre gefunden: die Einführung der bundesdeutschen Geld- und Marktverfassung durch eine handlungsfähige gesamtdeutsche Regierung.

Jede neue Angabe über die Zahl der Übersiedler in den Westen machte die Ohnmacht der DDR deutlich. Im Jahr 1989 zählte die Bundesrepublik insgesamt 343.845 Übersiedler aus der DDR. Allein im Januar 1990 gingen weitere 60.000. Die Risiken einer Währungsunion konnten daher öffentlich an den Kosten der Eingliederung relativiert werden.

Konkrete Planungen über mögliche und wünschenswerte Wege der Neuregelung der deutsch-deutschen Währungsbeziehungen unternahm das Bundesfinanzministerium seit Mitte Dezember '89. Auf einer Klausurtagung des Ministeriums Ende Januar standen die Eckpunkte des Konzeptes fest: Statt eines langfristigen, schrittweisen Prozesses die baldige und schlagartige Einführung der D-Mark in der DDR, gleichzeitige Herstellung der rechtlichen Voraussetzungen marktwirtschaftlicher Beziehungen, Aufgabe der (wirtschafts-)politischen Eigenständigkeit der DDR, ein Staatsvertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion als „ein erster Schritt zur Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes“. Diese Position erhob der Bundeskanzler in den ersten Februartagen zur offiziellen Regierungspolitik. Das Angebot der D-Mark vom 6. Februar wurde zum Wahlprogramm der „Allianz für Deutschland“, die Helmut Kohl am Tag zuvor aus der Taufe gehoben hatte. Die schwierige Herstellung einer eigenen Souveränität wurde ersetzt durch den Import einer fertigen Staatsmacht, die den Übergang in die Freiheit der Marktwirtschaft erzwingen konnte.

Die Bundesregierung hielt die Vorstellungen Ludwig Erhards über die Herstellung der Wirtschaftseinheit im Frühjahr 1990 für so aktuell, dass sie ungekürzt in eine Broschüre zum Lobpreis des „Artikel 23“ aufgenommen wurden.

BULLETIN

DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES
DER BUNDESREGIERUNG

Bonn, den 12. September 1993

Nr. 174/S. 1453

Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung

Unbegründete Befürchtungen der Planwirtschaftler hinsichtlich ungünstiger Rückwirkungen

Von Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft

Obwohl die Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung des heute zerrissenen Deutschland allgemein ist, besteht in vielen Kreisen unseres Volkes, auch unter den Flüchtlingen, die Sorge, daß mit dem Zusammenschluß und den dann erforderlichen werdenden großen wirtschaftlichen Anstrengungen eine unerträgliche Senkung des Lebensstandards verbunden sein würde und viele wirtschaftliche Existenzen sowohl von Flüchtlingen im Bundesgebiet als vor allem auch von Gewerbetreibenden in der Ostzone notleidend werden könnten. Es ist in jedem Fall deutlich zu erkennen, daß es dem Laien an Vorstellungsvermögen gebricht, die sich aus dem Zusammenschluß ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen rational abzuleiten, und so bleibt der Spekulation, um nicht zu sagen der dumpfen Furcht, Tür und Tor geöffnet.

Ich möchte gleich vorausschicken, daß auch ich den Versuch für abwegig halten würde, die in solchem Fall sich vollziehende Entwicklung exakt vorher bestimmen und rechnerisch erfassen zu wollen. Ein solches planwirtschaftliches Unterfangen wäre sogar in höchstem Maße gefährlich, weil es in der verwaltungsmäßigen Handhabung des Zusammenschlusses die organische Entwicklung nur zu hemmen und die natürlichen Kräfte zu unterbinden geeignet wäre. Gleichwohl kann nicht geleugnet werden, daß die Vorstellung von einem so gearteten, vorgefaßten „Wiedereingliederungsplan“ die Geister in weitem Umfang beherrscht. Ihnen allen ist eigen, daß sie in der Volkswirtschaft eine „Organisation“ erblicken. Insbesondere geht ihnen jedes Gefühl, jede Einsicht auf die in einem freien Markt zum Ausgleich und Gleichgewicht hindrängenden Kräfte und die damit entfesselte Dynamik völlig ab. Statt dessen glaubt man wieder einmal so viel wie möglich „organisieren“ zu müssen, obwohl gerade damit Verzerrungen und Diskrepanzen nicht beseitigt, sondern womöglich noch vermehrt und verschärft werden würden.

Bei der Beurteilung der sich aus der Aufgabe ergebenden Situation drängt sich geradezu ein Vergleich mit den Problemen auf, die im Jahre 1948 mit der Währungsreform und der gleichzeitig erfolgten wirtschaftspolitischen Umschaltung von der Plan- und Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft zu lösen waren. Gerade ich weiß ein Lied davon zu singen, wie man mir damals mit Hilfe von Statistiken, graphischen Darstellungen, Rohstoffbilanzen, Produktions- und Verbrauchszahlen, Außenhandelszahlen u. a. m. scheinbar schlüssig und rational die Unmöglichkeit der Aufhebung der Bewirtschaftung, der Rationierung und der Preisbindungen beweisen wollte. Von der Schau der Planwirtschaft aus waren diese Zahlen und die darauf gestützten Prognosen zweifellos auch nicht zu widerlegen; angreifbar war allein die geistige Grundlage dieser Konzeption, die den gesellschaftswirtschaftlichen Prozeß lediglich als das Ergebnis oder eigentlich nur als Addition von wirtschaftlichen Zahlen und materiellen Fakten begriff, ohne die hinter dem Geschehen wirkenden menschlichen Kräfte in das Kalkül einzubeziehen.

Im Grunde genommen stehen wir bei der Wiedervereinigung Deutschlands vor ganz ähnlichen Fragen und Problemen, und wieder scheiden sich hier die Geister.

Ich stehe jedenfalls klar und eindeutig auf dem Standpunkt, daß die Wiedereingliederung des deutschen Ostens mit den Mitteln und nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft erfolgen müsse. Man mag es mir darum auch nicht verdenken, wenn ich der Arbeit der verschiedenen Gremien, die sich

vorausschauend mit den Eingliederungsaufgaben befaßten, allenthalben mit Mißtrauen, Skepsis und Sorge begegne. Wenn auch meine Bedenken im einzelnen zerstreut werden konnten, so bleibt doch bestehen, daß der Erkenntniswert des gewonnenen und erarbeiteten Materials für die praktische Politik zuletzt doch nur bescheiden sein kann.

Natürlich ist es von Wichtigkeit, zu wissen, wie z.B. zu dem gegebenen Zeitpunkt die Verkehrsverhältnisse geartet sein werden, welche Institutionen staatlicher und nichtstaatlicher Art für diese oder jene öffentlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Aufgaben bis dahin zuständig sind, in welchem Umfang in das Eigentum eingegriffen wurde, welche neuen Formen der betrieblichen und überbetrieblichen Zusammenarbeit entwickelt worden sind und andere tatbestandliche Feststellungen organisatorischer und verwaltungstechnischer Art mehr. Fast ohne praktischen Erkenntniswert und nahezu uninteressant aber sind Angaben über die geleistete Produktion und vorhandene Kapazitäten, über Beschäftigung, Rohstofflage und Außenhandelsverhältnisse, weil die Fruchtbarmachung der menschlichen und sachlichen Produktivkräfte nach dem Zusammenschluß unter völlig anderen Markt- und Umweltbedingungen vor sich gehen wird, und Schlüsse von der Gegenwart auf die Zukunft fast naturnotwendig zu krassen Fehlurteilen führen müssen.

Als erste Maßnahme wird sich eine Währungsneuordnung in der Sowjetzone, d.h. eine Einbeziehung in unser Währungssystem, als unerlässlich erweisen. Damit vollzieht sich dann zwangsläufig eine Angleichung des Preis- und Lohnniveaus an die in der Bundesrepublik herrschenden Verhältnisse. Man wird dabei auf die Erfahrungen der Währungsreform von 1948 zurückgreifen können und wie seinerzeit der Methode nach die Erstaussattung mit neuem Geld in Form von Kopf- und Betriebsquoten vornehmen. Inwieweit und in welchem Verhältnis im Zuge einer endgültigen Bereinigung die DM-Ost-Anrechnung in DM-West, die dann allgemein gültige Währung, erfolgen kann, bedarf dann noch gründlicherer Untersuchung. Angesichts der völlig verzerrten Zwangswirtschaft und des Wirtschaftsterrors in der Sowjetzone kann über die echte Kaufkraft der Ost-Mark vorläufig

INHALT

Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung	S. 1453
Internationale Auswirkungen	S. 1455
Verfälschte Kommentare	S. 1457
„Das bedeutsamste Ereignis seit Unterzeichnung des Atlantikpakts“	S. 1456
Für Erleichterungen im Welthandel	S. 1458
Spartätigkeit und Urlaubskonjunktur	S. 1459
Landwirtschaft baut neuzeitlich und zweckmäßig	S. 1459

Der Bundesverkehrsminister in England — Studienfahrten nach Amerika — Mittelmäßige Obsterte — Mehr Gemüse als 1952 — Ministerialdirigent a. D. Dr. Imhoff f — Normalisierung des Jagdwesens — Die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt — Die Vertretung Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt — Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Finnland